

"Wir nehmen das nicht länger hin"



Einige der Akteure vor der "Alten Hopfendarre" in Nienhagen. Die Initiatoren und ihre Verbündeten wollen keine rechten Konzerte - weder in dem Ort, noch anderswo - und machen nun dagegen mobil. | Foto: Gerald Eggert

Seit 2008 finden in Nienhagen Konzerte mit rechten Bands statt. Pfingsten werden in der 380-Seelen-Gemeinde erneut bis zu 1200 Personen aus dem rechten Hooligan-Milieu und der militanten Neonaziszene erwartet. Nun regt sich Widerstand der Bürger.

Schwanebeck/Nienhagen | Man wolle diese Konzerte und diese Typen im Ort nicht haben, doch die Behörden hätten dieses Nazitreffen genehmigt. Mit diesen Worten bezogen am Montagabend zwei Nienhagener nicht nur klar

Position, sondern bekannten sich zugleich zu ihrer Hilflosigkeit. Ihre Bemerkungen stießen bei den Frauen und Männern, die gerade das örtliche Gemeindebüro verließen, auf offene Ohren. Denn eine gute Stunde lang hatte sich die Gruppe zuvor genau diesem Thema gewidmet, sich gegen das am Pfingstsonnabend geplante rechte Spektakel in der "Alten Hopfendarre" ausgesprochen und zugleich einen offenen Brief verabschiedet.

"An diesem einen Tag haben wir mehr Polizei im Ort als Einwohner."

Hans-Christian Anders, Einwohner von Nienhagen

Nachdem Ende April im Dorfgemeinschaftshaus Nienhagen der Film "Blut muss fließen - Undercover unter Nazis" gezeigt und über rechte Konzerte und das von ihnen ausgehende Gewaltpotential diskutiert worden war, zeigte sich, dass man im Ort ganz und gar nicht mit dem Einfall der braunen Horden und deren dumpfer Musik einverstanden ist. Erstmals machen Bürger aus Nienhagen und der Region damit öffentlich ihrem Unmut Luft. Teilnehmer der damaligen Veranstaltung, darunter Mitglieder des Halberstädter Bürgerbündnisses, hatten angekündigt, die Nienhagener nicht allein zu lassen und ihre Unterstützung angeboten.

Kurzfristig wurde nun entschieden, sich mit einem offenen Brief an die Einwohner des Harzkreises zu wenden und sie aufzurufen, friedlich und aktiv Gesicht gegen Neonazis, Menschenfeindlichkeit und gewaltverherrlichende Musik zu zeigen. Der Brief soll nicht nur im Ort verteilt werden, sondern auch den Mitgliedern des Landtages zukommen.

In der Gesprächsrunde zu Wochenbeginn wurde noch einmal deutlich, dass im Ort die Angst vor einer Eskalation der Situation beim Konzert wächst. "An diesem einen Tag

haben wir mehr Polizei im Ort als Einwohner", sagte Hans-Christian Anders. "An den restlichen 364 Tagen im Jahr lässt sich hier keiner blicken."

URL:

http://www.volksstimme.de/nachrichten/lokal/halberstadt/831008_Wir-nehmen-das-nicht-laenger-hin.html

Das generelle Problem werde nicht mit einer großen Polizeipräsenz gelöst, gab Anders zu bedenken. Er fordert, derartige bundesweit bis international beworbene Konzertveranstaltungen in Nienhagen konsequenter unter die Lupe zu nehmen. Offensichtlich werde nach wie vor nicht genau hingehört, hingeschaut und eingegriffen, was gespielte Lieder, propagierte Parolen und Handlungen betreffe - vor, während und nach den Konzerten.

© 2012 Volksstimme

Genau diese Defizite habe er am 30. April in einer Petition "Gegen Rechtsrock-Konzerte in Nienhagen", die er an den Petitionsausschuss des Landtages gerichtet hat, formuliert und kritisiert. In dem Schreiben fordert Anders eine "konsequente und sachgerechte Anwendung der straf- und versammlungsrechtlichen Mittel durch die Ordnungs- und Sicherheitsbehörden des Landes".

"Wo niemand protestiert, da kommen die immer wieder.

Sebastian Striegel, Landtagsabgeordneter (Bündnis 90/Die Grünen)

Der Woltersweg in Nienhagen, in dem sich mit der "Alten Hopfendarre" der eigentliche Veranstaltungsort befindet, werde am Pfingstsonnabend - finanziert mit dem Geld der Steuerzahler - zur bestbewachten Straße Deutschlands, hieß es in der Runde. Das sei eine Zumutung, eine Frechheit und ein Schlag ins Gesicht für jeden Bürger, so der Tenor.

Angemerkt wurde in der Runde aber auch, dass nicht alle Nienhagener in dem rechten Spektakel ein Problem sehen. Da werde dann verharmlosend von einer genehmigten Veranstaltung mit zugelassenen Bands gesprochen, jedoch völlig verkannt, dass es sich um Musik mit gewaltverherrlichenden Texten handele. Aus Angst vor Konsequenzen hielten sich andere Bewohner bedeckt und hofften, dass es ruhig bleibe. Was die Lautstärke angehe, bleibe es jedoch auf keinen Fall ruhig, so die Erfahrungen der Vorjahre.

Im Stadtrat seien die Konzerte seit 2010 ein Thema, erinnerte Bürgermeisterin Christina Brehmer. Bisher sei immer so getan worden, als ob die Konzerte irgendwann wieder von selbst aufhörten. "Wir laufen Gefahr, dass so etwas legalisiert wird", warnt das Stadtoberhaupt.

"Wo niemand protestiert, wo es anscheinend kein Problem mit solchen Veranstaltungen gibt, da kommen die immer wieder", erinnert Sebastian Striegel. Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Landtag macht den Nienhagenern Mut und sichert ihnen Unterstützung zu.

In Merseburg habe sich gerade ein Bürgerbündnis gegründet, die Einwohner erwachen aus ihrer Hilflosigkeit, wollen gemeinsam etwas tun. "Dieser offene Brief setzt ein positives Zeichen." Er werde diesen Brief allen Landtagsabgeordneten zur Kenntnis geben.

"Wir nehmen das nicht länger hin", lautet die einhellige Meinung der Nienhagener und ihrer Verbündeten. Sie hoffen, dass sich ihnen weitere Bürger anschließen, um dem braunen Spuk ein Ende zu bereiten.

(* Der Autor ist selbst Mitglied des Bürgerbündnisses und Mitunterzeichner des offenen Briefes.)

Kurzinterview